



## KLEIN- UND MITTLERE UNTERNEHMER VERWALTUNGSMODERNISIERUNG

- ANALYSE  
Die KMU und postkommunistische Transformation  
Zur zivilgesellschaftlichen Rolle der Kleinen und Mittleren Unternehmen sowie der  
Eigentum besitzenden Mittelschicht 2  
Von Mykhaylo Banakh, Kiew
- STATISTIKEN UND UMFragen ZUM TEXT  
Zivilgesellschaftliche Aktivitäten kleiner und mittlerer Unternehmer 5

---

- KOMMENTAR  
Verwaltungsmodernisierung von unten – Reformorientierte ukrainische Städte  
verbessern den Zugang zu kommunalen Dienstleistungen 8  
Von Miriam Kosmehl und Wiktor Tymoschtschuk, Kiew

---

- CHRONIK  
Vom 24. April bis zum 14. Mai 2013 11



## Die KMU und postkommunistische Transformation

### Zur zivilgesellschaftlichen Rolle der Kleinen und Mittleren Unternehmen sowie der Eigentum besitzenden Mittelschicht

Von Mykhaylo Banakh, Kiew

#### Zusammenfassung

Häufig werden die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) als die treibende Kraft der wirtschaftlichen Transformation angesehen. Aber welche Rolle spielen diese Unternehmen und die Eigentum besitzende Mittelschicht bei politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen in der Ukraine? Besitzen diese Bevölkerungsschichten überhaupt entsprechende zivilgesellschaftliche Relevanz? Diese Fragen werden im folgenden Beitrag erörtert.

#### Einleitung

In Bezug auf die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen in der Ukraine lässt sich Folgendes feststellen: Großunternehmen und Großinvestoren fürchten nicht so sehr die Willkür des Staates – sie pflegen bestimmte Probleme auf dem informellen Weg zu lösen (bei ungeklärten Fragen werden Politiker, Staatsbedienstete und Regierungsmitglieder häufig direkt kontaktiert, ohne dabei eine Vermittlungsoption über Parteien und Verbände zu wählen) und werden vom Staat häufig bevorzugt behandelt. Eher fürchten sie Veränderungen und Unsicherheiten infolge der politischen und gesellschaftlichen Umbrüche. Viele Vertreter der großen Wirtschaftsunternehmen sind daher direkt im Parlament, in zahlreichen Ausschüssen und Parteien aktiv. Sektorale Interessengruppen und individuelle Großunternehmer benötigen somit keine Verbände, um wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse beeinflussen zu können, denn sie sind direkt oder indirekt darin involviert. Außerdem wollen große Betriebe häufig nur eine stabile Regierung, an deren Politik sie sich anpassen und so längerfristig erfolgreich agieren können. Die zivilgesellschaftlichen Instrumente – also formelle oder institutionalisierte Einflussnahme und öffentliche Interessenvertretung – werden in der Ukraine von größeren Wirtschaftsakteuren kaum genutzt.

In einer anderen Situation sind die KMU, die vor Eingriffen des Staates durch zivilgesellschaftliche Institutionen geschützt werden müssen. In der neuesten ukrainischen Geschichte wurden gerade die kleinen und mittelgroßen Firmen häufig von der staatlichen Bürokratie und von der Oligarchie erpresst. Diese wirtschaftlichen Akteure sind am meisten auf die zivilgesellschaftliche Schutzfunktion angewiesen. Welche zivilgesellschaftlichen Mechanismen werden aber genutzt, um eigene Interessen an die Öffentlichkeit weiterzuleiten? Zunächst stellt sich die Frage, inwieweit die KMU aus wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Perspektive relevant sind.

#### Ökonomischer Aspekt und zivilgesellschaftlicher Zusammenhang

Während Wirtschaftsexperten die KMU aus ökonomischer Perspektive unter die Lupe nehmen und sie nach Mitarbeiterzahl und Umsatz genau untersuchen, interessiert uns nur generell, warum solche Unternehmen wichtig und welche Eigenschaften für sie kennzeichnend sind. Im Vergleich zu Großunternehmen sind sie flexibel und reagieren schneller auf aktuelle Bedürfnisse des Marktes und auf die Veränderungen der Konjunktur. Während Großbetriebe eher in der (Industrie-)Produktion zu finden sind, sind die KMU in den Bereichen Dienstleistungen und Handel unentbehrlich. Sie spielen eine große Rolle in der Beschäftigungspolitik, denn von KMU werden zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen. Die Vertreter der KMU bilden den Mittelstand und gehören in der Regel der Mittelschicht an. Aus der letzten lassen sich häufig die zivilgesellschaftlich aktiven Bürger rekrutieren. Wie sich die Mittelschicht von anderen Bevölkerungsschichten unterscheidet, wird am Beispiel der paternalistischen Orientierung dargestellt.

#### Paternalistische Einstellungen

Die kommunistischen Gesellschaften waren vor allem durch den stark ausgeprägten Paternalismus gekennzeichnet, der entscheidend die Charaktere der Menschen, ihre Einstellungen und Verhaltensweisen prägte. Passivität und paternalistisch geprägte Verhaltensweisen finden den Ausdruck in der Mentalität eines so genannten Sowjetmenschen, der in der Überzeugung aufgewachsen ist, dass der Staat für sein Wohl sorgen solle. Auch nach 20 Jahren postkommunistischer Transformation sind hohe Erwartungen an den für alles zuständigen und fürsorglichen Staat zu beobachten. Die paternalistische Orientierung manifestiert sich in einem Anspruchsdenken gegenüber dem Staat: »Das kann ich erwarten, das steht mir zu.«

Allerdings sind in der Ukraine auch Verschiebungen im Anspruchsdenken zu beobachten: Immer mehr

ukrainische Bürger erwarten vom Staat nur die Schaffung der entsprechenden Rahmenbedingungen, damit sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können (vgl. Tab. 1). Die rein paternalistische Orientierung, nach welcher der Staat seine Bürger versorgen und ihnen ein gewisses Lebensminimum sichern soll, ist von 2005 bis 2008 leicht zurückgegangen. Ein überdurchschnittlich hohes Anspruchsdenken ist gerade in den unteren sozialen Schichten verbreitet: Ihr Anteil ist in drei Jahren sogar um über drei Prozentpunkte gestiegen (vgl. Tab. 1). Die ärmeren Bevölkerungsschichten wünschten sich auch seltener entsprechende vom Staat geschaffene Bedingungen, als dies bei der Mittelschicht der Fall war. Während im Jahr 2008 etwa zwei von drei Angehörigen der Mittelschicht sich die Verbesserung ihrer Lebenssituation auf Grundlage der günstigen Bedingungen zutrauten, war es unter den Mitgliedern der sozialen Unterschichten nur jeder zweite Befragte.

Offensichtlich findet Bürgersinn in der Ukraine nur langsam eine Verbreitung. Was wird darunter verstanden? Der Bürger in diesem Sinn fragt nicht, was andere, insbesondere der Staat, für ihn tun können, sondern tut selbst etwas. Und diese Eigenschaft ist gerade für die Mittelschicht und für kleine und mittlere Unternehmer kennzeichnend.

### Zivilgesellschaftliche Aktivitäten

Können sich kleine Unternehmer, mittelgroße Wirtschaftsakteure zivilgesellschaftlich engagieren? Die Antwort ist »Ja«. Dies haben sie auch mehrmals eindrücklich unter Beweis gestellt. An dieser Stelle soll an zwei bedeutende Ereignisse erinnert werden: Die Revolution in Orange im Jahr 2004 und der Majdan der Unternehmer Ende 2010.

Kleine Unternehmer fühlten sich nach der Jahrtausendwende von Staat und Behörden erpresst und sahen ihr Geschäft oder Eigentum zunehmend vom System bedroht. Dies führte dazu, dass Vertreter der Mittelschicht sich während der Revolution für die orange-farbene Bewegung einsetzten. Es gab außerdem genug konkrete Beispiele, die verdeutlichen, dass Kleinunternehmer, Inhaber von Kliniken, Geschäften und Cafés sowie Eigentümer, kurzum die Angehörigen der ukrainischen Mittelschicht mit voller Unterstützung hinter der revolutionären Bewegung standen. Die kleinen und mittleren Unternehmer engagierten sich eher im Hintergrund und boten der orange-farbenen Bewegung finanzielle und logistische Unterstützung, ohne dabei selbst an den Protesten teilzunehmen. Wie viele Unternehmer auf die Straße gegangen sind, wird in Tab. 2 dargestellt. Bezeichnend ist, dass unter den Revolutionären fast jeder zweite Aktivist aus der Mittelschicht kam. Über 30 % der Aktivisten waren Spezialisten in unter-

schiedlichen Bereichen. Jeder achte Revolutionsteilnehmer war qualifizierter Facharbeiter. Landwirte, Großbauern sowie Besitzer von Mittel- und Kleinbetrieben waren ebenfalls unter den Demonstranten. Das beispielhafte Engagement der ukrainischen Mittelschicht während der Revolution in Orange zeigt, dass die gut situierten Bürger auch bei der politischen Transformation eine große Rolle spielen können.

Ukrainische Unternehmer fühlten sich aber auch in der postrevolutionären Phase zunehmend benachteiligt. Im Juni 2008 wurde 2014 Probanden in allen Regionen in der Ukraine folgende Frage gestellt: »Auf was ist in erster Linie die sozio-ökonomische Politik der Regierung gerichtet?« Nur 12,4 % der Befragten meinten, dass sich die Regierungspolitik förderlich auf die Formierung der Mittelschicht auswirke. Fast die Hälfte (47,4 %) war jedoch der Meinung, dass diese auf die Unterstützung des Großkapitals – also der Reichen und Oligarchen – gerichtet sei (siehe Grafik 1).

Ende 2010 sind die unternehmerisch aktiven Bürger wieder auf die Straße gegangen. Warum? Ukrainische kleine und mittlere Unternehmer waren mit dem neuen Steuerkodex unzufrieden. Da sie ihre Interessen in Politik und Zivilgesellschaft unzureichend repräsentiert sahen, gingen sie auf die Straße, um öffentlich ihre Meinung zu äußern und gegen die Willkür der staatlichen Behörden zu demonstrieren. Die Protestaktivitäten der Unternehmer, also hauptsächlich Vertreter der KMU, hatten am Ende Erfolg, denn Präsident Janukowytsch legte schließlich gegen den Gesetzentwurf sein Veto ein. Der neue Steuerkodex war – milde ausgedrückt – kein Ausdruck eines wettbewerbsfähigen, transparenten und gerechten Steuersystems. Die ukrainischen Unternehmer fürchteten sechs Jahre nach der Revolution in Orange wieder um ihre Existenz.

Im Jahr 2012 war die Protestaktivität der ukrainischen Bürger wieder auf einem hohen Niveau. Insgesamt wurden 3636 Protestereignisse (im Jahr 2011: 2277) gezählt. Jede dritte Protestaktion war politisch motiviert und meistens durch die Parlamentswahlen 2012 bestimmt (34 %). Den größten Anteil hatten aber die Proteste mit sozial-ökonomischen Forderungen (43 %). Die Mehrheit dieser Proteste fand ohne Beteiligung von politischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften oder sonstigen politischen Gruppen statt. Die aktive Teilnahme der informellen Gruppen und politisch neutralen Bürgerinitiativen lag bei wirtschaftlich motivierten Protestaktionen bei 58 % (siehe Grafik 2). Die Zahlen verdeutlichen, dass häufig versucht wird, ökonomische Fragen durch nichtinstitutionalisierte Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements an die Öffentlichkeit zu tragen. Ist der Weg auf die Straße für kleine und mittlere Unternehmer die ein-

zige Möglichkeit, ihre Interessen wirksam zu vertreten? Und inwieweit werden formelle Organisationen oder die institutionalisierten Formen der Zivilgesellschaft bei der Vertretung wirtschaftlicher Interessen wahrgenommen?

### **Wirtschaftlich orientiertes Engagement**

Dabei handelt es sich um einen Bereich der freiwilligen Aktivitäten, in dem es vor allem um die Sicherung von wirtschaftlichen oder beruflichen Vorteilen geht. Diese Form des persönlichen Engagements findet in der Regel in Gewerkschaften, Berufsverbänden oder in sonstigen ökonomisch ausgerichteten Interessenvertretungen statt. Mit Einschränkung können dazu auch Arbeitgeberverbände gezählt werden, denn die Arbeitgeber organisieren sich, um gemeinsam ihre Interessen zu vertreten und Lobbyarbeit zu betreiben.

Von Verbänden ist die Rede, wenn Vereinigungen zum Zweck des Aufbaus gesellschaftlicher Macht gegründet werden. Während sich größere Wirtschaftsakteure in Verbänden eher staatsbezogen zur Mitwirkung bei der politischen Willensbildung organisieren, so vereinigen sich bestimmte Berufsgruppen in Dachverbänden, um fachbezogene und berufliche Interessen der eigenen Mitglieder zu vertreten. Die mitgliederbezogenen Verbände repräsentieren häufig den ukrainischen Mittelstand und beanspruchen ebenso die politische Willensbildung aber auch das Handeln großer Wirtschaftskonzerne zu beeinflussen.

Aus diesem Grund wird den Berufsverbänden eine Vermittlerrolle zwischen wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Interessen zugeschrieben. Die Frage nach der Bedeutung solcher Verbände könnte unter anderem mit ihrem Anteil an der Gesamtzahl aller Non-Profit-Organisationen in der Ukraine beantwortet werden: Im Jahr 2004 lag der Anteil der Berufsverbände im Dritten Sektor bei 10%. 2007 machten sie unter allen zivilgesellschaftlichen Organisationen mit nationalem oder internationalem Status etwa 14% aus: Im Jahr 2009 gab es in der Ukraine 584 (14,1%) und 2011 bereits 703 (15%) solche Verbände. Es wurde somit jede siebte zivilgesellschaftliche Organisation aufgrund beruflicher und wirtschaftlicher Interessen gegründet. Gerade nach dem Majdan der Unternehmer gab es eine Registrierungswelle regionaler Assoziationen der Unternehmer, Winzer, Landwirte und Farmbetreiber. Diese schließen sich entsprechenden dachverbandlichen Strukturen auf nationaler Ebene an.

Auch andere ökonomisch aktive Bürger neigen zu institutionalisierten Formen des öffentlichen Engagements. Während es 2007 noch 127 Gewerkschaften gab, wurden im Jahr 2011 bereits 165 solche Arbeitnehmerverbände registriert. Auch ukrainische Arbeitgeber machen häufig in Regionen von dem Recht,

sich in Verbänden zu vereinigen, Gebrauch. Es gibt jedoch auch neuere Formen zur Vertretung der Interessen der gut situierten Bürger oder der Eigentum besitzenden Mittelschicht: die Gemeinschaften von Wohnungseigentümern.

### **Wohnungseigentümergeinschaften**

Auf die Frage des Rasumkow Zentrums »Fühlen Sie sich geschützt vor Versuchen von Enteignung (Geschäft, Grundstück, Immobilien usw.)?« antworteten im Jahr 2009 nur 12,5% bejahend. 4 von 5 Befragten (78,3%) fühlten sich nicht ausreichend geschützt und fürchteten um ihr Eigentum. Etwa jeder zehnte Befragte (9,2%) konnte die Frage nicht beantworten.

Der Erwerb von Eigentum führt in der Regel zum steigenden Verantwortungsgefühl sowohl für das erworbene Objekt als auch für das entsprechende soziale Umfeld. So vereinigen sich die Wohnungseigentümer eines Mehrparteienhauses in Vereinen, um gemeinsam die Gestaltung des Hauses (Gartenausbau, Treppenhausreinigung, Hausschließenanlage usw.) voranzutreiben. Ukrainische Wohnungseigentümer lassen ihre Gemeinschaften häufig offiziell registrieren und werden somit in der amtlichen Statistik mitgeführt. Diese Eigentümergruppen wollen sich einerseits gemeinsam um die Belange der unmittelbaren Umgebung kümmern und andererseits auf diese Art und Weise ihr Eigentum sichern. Dieses wirtschaftlich orientierte Engagement geht in den meisten Fällen auch weiter, indem sich die Wohnungseigentümer für die Einrichtung von Kinderspielflächen oder für die Beibehaltung von Bus- und Straßenbahnlinien und ähnliches einsetzen.

In Tab. 3 wird die quantitative Entwicklung der Eigentümergeinschaften mit der der Bürgervereinigungen verglichen. Während die Zahl der freiwilligen Bürgervereinigungen in den Jahren 2003 bis 2009 um etwa 60% stieg, hat sich die Anzahl der registrierten Wohnungseigentümergeinschaften im gleichen Zeitraum mehr als verdreifacht. Das größte Wachstum verzeichneten diese Gruppen gerade in den Jahren 2008 und 2009, in welchen über 1.700 Eigentümergeinschaften registriert wurden. Diese rasante Entwicklung ist teilweise mit der globalen Finanzkrise zu erklären. Auch in der Ukraine sind die Immobilienpreise in Zeiten der Rezession stark gefallen. Dies veranlasste zahlungskräftige Käufer auf dem Wohnungsmarkt aktiv zu werden. Das Wachstumstempo ist in den darauffolgenden Jahren gleich hoch geblieben; zum 01.01.2013 gab es bereits 15.018 registrierte Wohnungseigentümergeinschaften und 74.500 Bürgervereinigungen.

Die Eigentümergruppen verfolgen primär ökonomische Interessen, ihr Handeln zeichnet sich jedoch durch Selbstorganisation und Selbstverwaltung, demo-

kratische Entscheidungen und gesellschaftliche Verantwortung aus. Für den Fall, dass ihre Eigentumsrechte gefährdet wären, würden sie sich zweifellos für den Erhalt und die Sicherung der allgemeinen Bürgerrechte öffentlich einsetzen. Es leuchtet ein, dass die Eigentümergemeinschaften durchaus eine zivilgesellschaftliche Bedeutung haben.

### Fazit

Die KMU und die nach der Revolution in Orange wieder erstarkte Mittelschicht scheinen in der postsowjetischen Transformation eine wichtige Rolle zu spielen. Bei den wirtschaftlichen Transformationsprozessen ist ein breites Spektrum an gut funktionierenden kleinen

Firmen und mittelgroßen Unternehmen unentbehrlich. Auch bei gesellschaftlichen Veränderungen geht die Mittelschicht mit gutem Beispiel voran, wie es die Verschiebungen in den paternalistischen Einstellungen gezeigt haben. Die Transformation des politischen Systems kann ebenfalls entscheidend durch Inhaber von KMU und weitere Angehörige der Mittelschicht beeinflusst werden. Dies macht deutlich, dass die KMU und die Eigentum besitzende Mittelschicht eine außerordentliche zivilgesellschaftliche Relevanz besitzen. Die freiwilligen Aktivitäten der kleinen und mittleren Wirtschaftsakteure sowie der ökonomisch aktiven Bürger sind sowohl im institutionalisierten als auch im nichtinstitutionalisierten Bereich der Zivilgesellschaft zu beobachten.

### Über den Autor:

Mykhaylo Banakh ist Dipl.-Lehrer für Deutsch sowie Dipl.-Caritaswissenschaftler und promovierte in Soziologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Er war Stipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und ist seit September 2012 für die Europäische Austausch gGmbH Projektmanager der deutsch-ukrainischen »Kiewer Gespräche« mit Sitz an der International Renaissance Foundation Kiew.

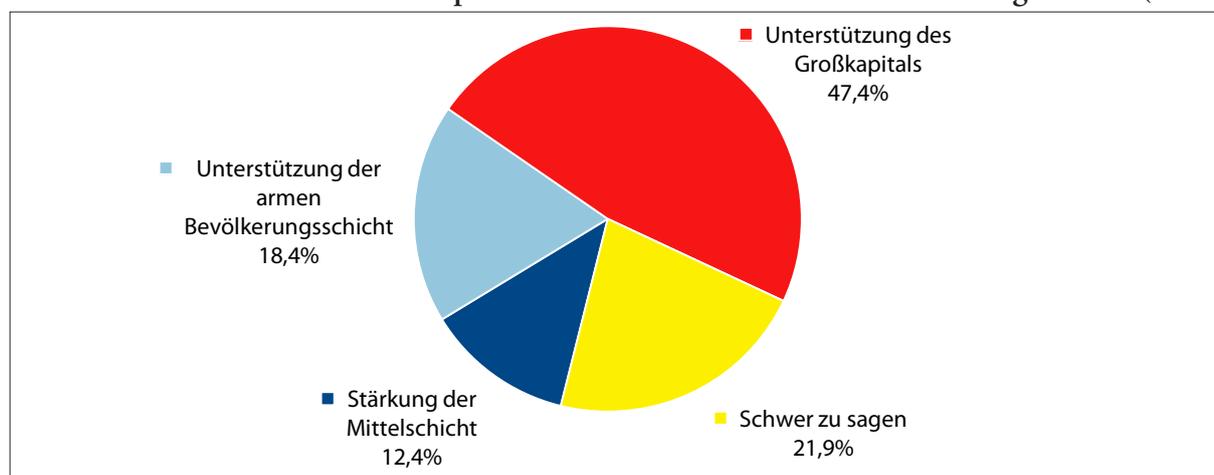
### Lesetipps:

Banakh, Mykhaylo: Die Relevanz der Zivilgesellschaft bei den postsowjetischen Transformationsprozessen in mittel- und osteuropäischen Ländern: Das Beispiel der spät- und postsowjetischen Ukraine 1986–2009 (<http://www.buchhandel.de/detailansicht.aspx?isbn=9783838204994>)

## STATISTIKEN UND UMFragen ZUM TEXT

### Zivilgesellschaftliche Aktivitäten kleiner und mittlerer Unternehmer

Grafik 1: Einschätzung der Wirtschaftspolitik nach der Orangen Revolution: Worauf ist die Wirtschafts- und Sozialpolitik Ihrer Ansicht nach in erster Linie ausgerichtet? (2008)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom Juni 2008, [http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll\\_id=348](http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=348)

Tabelle 1: Paternalistische Orientierung nach sozialen Schichten 2005 und 2008 (in %)

	Mittelschicht		Unterschicht		Alle Befragten	
	2005	2008	2005	2008	2005	2008
Der Staat soll solche Rahmenbedingungen schaffen, dass die Bürger selbst ein würdiges Lebensniveau erreichen können.	65,2	66,7	53,6	50,9	59,5	61,3
Der Staat soll allen Bürgern ohne Ausnahme ein entsprechendes Lebensniveau gewährleisten.	32	30,7	42,5	45,8	36,4	35,6

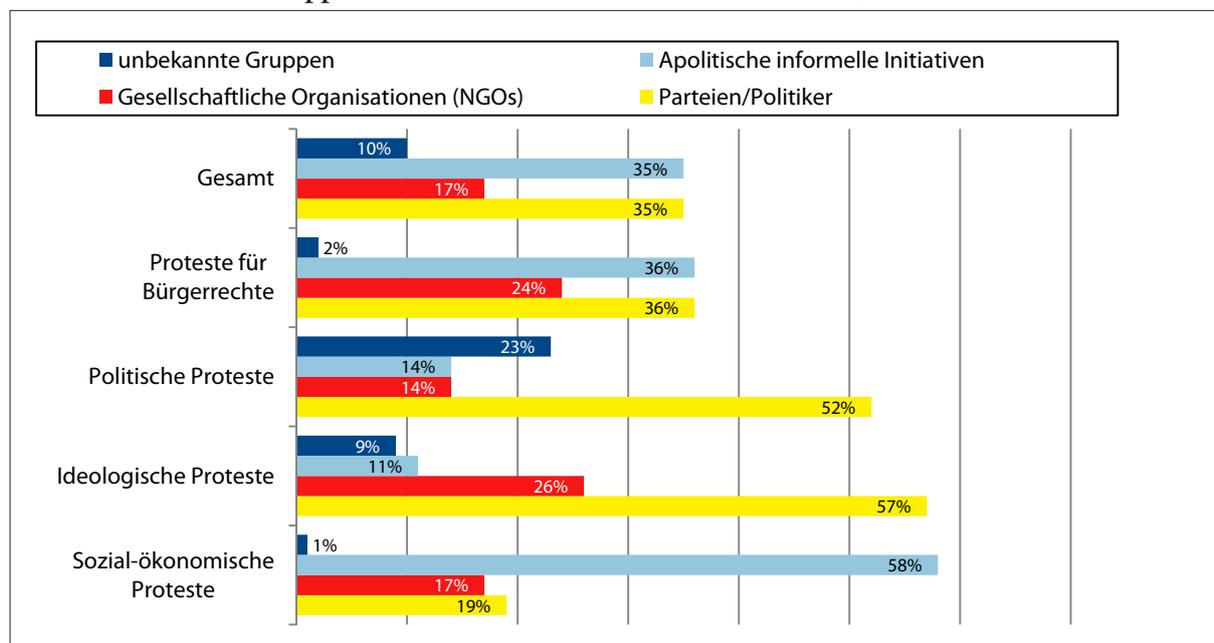
Quelle: Shanghina, L. (2008): *Public activity of the Ukrainian middle class*. In: *National security and Defence magazine*, Heft 7 (101), 30-45. [http://www.razumkov.org.ua/eng/files/category\\_journal/NSD101\\_eng\\_4.pdf](http://www.razumkov.org.ua/eng/files/category_journal/NSD101_eng_4.pdf)

Tabelle 2: Angehörige der Mittelschicht und ihre Beteiligung an der Orangen Revolution (in %)

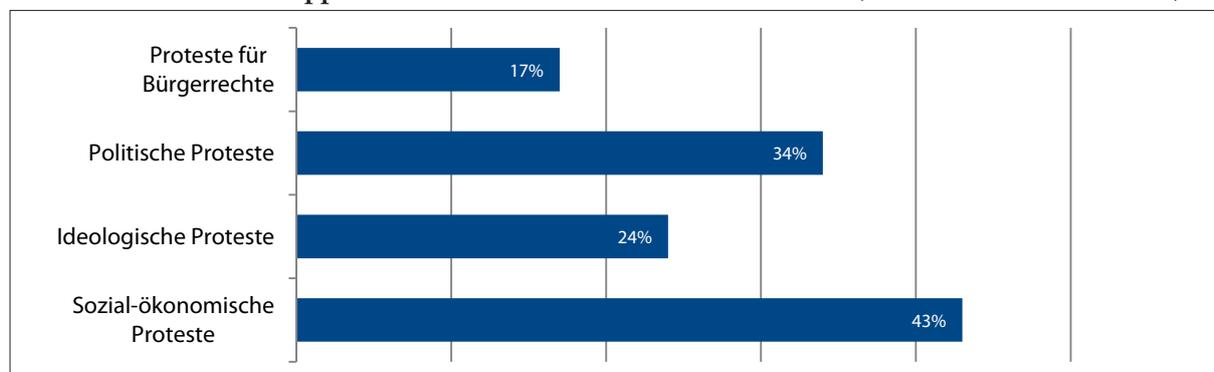
Beruf	Realer Aktivitätsgrad			
	Aktivisten	Sympathisanten	Beobachter	Alle Befragten
Spezialist (naturwissenschaftliche und technische Orientierung)	8,8	7,8	6,1	7,6
Spezialist aus Wissenschaft, Kultur, Gesundheitswesen, Ausbildung und Erziehung	21,9	22,4	22,3	22,3
Unternehmer mittlerer, größerer Kategorie	2,6	1,3	2,4	1,8
Klein- und Individualunternehmer	2,6	1,8	3,2	2,3
Qualifizierter Facharbeiter	12,3	12,3	13,4	12,5
Landwirt, Farmbetreiber	0,4	0,4	0	0,3
Gesamt	48,6	46	47,4	46,8

Anmerkungen: die Zahl 7,6 oben links sagt aus, dass 7,6 % der Befragten Protestteilnehmer angaben, naturwissenschaftlicher Spezialist zu sein. Entsprechend geht aus der letzten Zeile hervor, dass im Schnitt 46,8 % der Protestteilnehmer einem der aufgeführten Berufe nachgingen und damit zur Mittelschicht gehören.

Quelle: Nach Ingmar Bredies (Hg.): *Zur Anatomie der Orange Revolution in der Ukraine*, Ibidem, 2005, S. 39

**Grafik 2: Welche Gruppen sind bei welchen Protesten vertreten? (2012, in %)**

Quelle: Zentrum für Gesellschaftsforschung, Kiew. [http://www.cedos.org.ua/zvit/2012/ZVIT\\_2013\\_web.pdf](http://www.cedos.org.ua/zvit/2012/ZVIT_2013_web.pdf)

**Grafik 2a: Welche Gruppen sind bei welchen Protesten vertreten? (2012, in %, nach Gebiet)**

Anm.: Mehrfachnennungen möglich; Quelle: Zentrum für Gesellschaftsforschung, Kiew. [http://www.cedos.org.ua/zvit/2012/ZVIT\\_2013\\_web.pdf](http://www.cedos.org.ua/zvit/2012/ZVIT_2013_web.pdf)

**Tabelle 3: Registrierte Wohnungseigentümergeinschaften in der Ukraine (2003 bis 2009)**

Jahr	Anzahl der Wohnungseigentümergeinschaften	Zunahme seit 2003 (in %)	Anzahl der freiwilligen Bürgervereinigungen	Zunahme seit 2003 (in %)
2003	2.833		40.253	
2004	3.430	21 %	43.152	7 %
2005	4.159	47 %	46.682	16 %
2006	5.295	87 %	50.706	26 %
2007	6.848	142 %	54.862	36 %
2008	8.549	202 %	59.321	47 %
2009	10.329	265 %	63.899	59 %

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Ukraine für das Jahr 2009, S. 85

## Verwaltungsmodernisierung von unten – Reformorientierte ukrainische Städte verbessern den Zugang zu kommunalen Dienstleistungen

Von Miriam Kosmehl und Wiktor Tymoschtschuk, Kiew

Die Ukraine ist auch 22 Jahre nach ihrer Unabhängigkeitserklärung von 1991 noch ein zentral organisierter Staat auf der Basis eines Dekrets des Obersten Rats der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (das Dekret über die administrative und territoriale Ordnung vom 12. September 1981). Dabei unterzeichnete und ratifizierte sie 1997 die Europäische Charta für lokale Selbstverwaltung und verpflichtete sich damit, Verantwortung an lokale Behörden abzugeben. Die Verfassung von 1996 benennt das Recht von Bürgern einer Gemeinde oder einem freiwillig zusammengeschlossenen Gemeindeverband, Angelegenheiten von lokaler Relevanz selbst zu regeln, verweist darüber hinaus aber auf gesetzliche Ausgestaltung. Seit dem 21. Mai 1997 gibt es das Gesetz »Über die lokale Selbstverwaltung in der Ukraine«. Präsident Janukowytsch sprach sich bald nach seinem Amtsantritt 2010 für mehr Befugnisse der Kommunalbehörden aus: »Kommunale Selbstverwaltung sollte eine zuverlässige und solide Grundlage der Volksherrschaft werden. Ich unterstütze Dezentralisierung und die Reformierung der Budgetverteilung zugunsten lokaler Verwaltungen.«

Dennoch fehlen nach wie vor konkrete Regelungen, die die Kompetenzen lokaler Regierungs- und Verwaltungsstrukturen wahrnehmbar stärken. Das Gesetz »Über die lokale Selbstverwaltung« besagt zwar, dass gewählte Lokalräte das Recht haben, eigene Exekutivstrukturen zu benennen. In der Realität scheidet dies aber überwiegend an der Finanzierung, so dass Lokalräte außerhalb von Städten in der Regierungs- und Verwaltungspraxis nur marginal Einfluss haben. Im Gegenteil verabschiedete das Parlament, die *Werkhowna Rada*, in den vergangenen zwei Jahren mehr als 20 Gesetze, die Kompetenzen lokaler Selbstverwaltungsstrukturen an Strukturen der Zentralregierung zurück übertragen, z. B. zur Raumplanung und Beteiligung an regionalen Entwicklungsprojekten sowie zu Gewerbescheine für Händler oder lokalen Straßengebühren.

Gleichzeitig gibt es nationale und internationale Initiativen, die existierende Freiräume nutzen, reformbereite Persönlichkeiten einbinden und so praktische Schritte unternehmen, die für erkennbare Veränderungen auf der lokalen Ebene sorgen. Dazu gehört, Bürgeramtsstrukturen in reformwilligen Städten einzurichten – um von unten solide Grundsteine für eine Reform der öffentlichen Verwaltung zu legen.

Ziel ist, wesentliche »Dienste« der Verwaltung zentral und bürgerorientiert anzubieten. Das ukrainische Zentrum für Politische und Rechtliche Reformen (ZPRR) beschäftigt sich seit 2000 mit dem Konzept von Bürgerzentren (in Deutschland auch Bürgerämter, -büros, -dienste oder Bürgerservices genannt). Seit 2008 gibt es das erste Zentrum dieser Art in der westukrainischen Stadt Winnytsia, weil tatkräftige Vertreter der lokalen Regierungs- und Verwaltungsstrukturen die Initiative ergriffen – lange bevor das ukrainische Parlament 2012 ein entsprechendes Gesetz auf nationaler Ebene verabschiedete.

### Pilotprojekt zur Einrichtung von Bürgerämtern in drei ukrainischen Städten

Das allgemeine Interesse griffen 2009 die ukrainischen Nichtregierungsorganisationen ZPRR und das Zentrum für das Studium der lokalen Selbstverwaltung (ZSLS), die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit der Schweiz (DEZA) und das Kiewer Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit auf und begannen ein gemeinsames Pilotprojekt in den vier Städten Iwano-Frankiwsk, Luzk, Nowohrad-Wolynski und Zhitomir. Zhitomir zog sich nach einem Wechsel des Bürgermeisters aus dem Projekt zurück, doch in den anderen drei Städten führten das ZPRR und das ZSLS mit Unterstützung der internationalen Partner Seminarreihen durch, deren Ziele vom allgemeinen Verständnis für in *einem* Amt gebündelte »Bürgerdienste« bis zur Ausbildung psychologischer Fertigkeiten von Mitarbeitern reichten. Kern des Konzepts ist, dass Bürger möglichst viele Verwaltungsaufgaben unter einem Dach erledigen können, wohnortnah, bei erweiterten Öffnungs- und kurzen Wartezeiten. Vertreter der zukünftigen ukrainischen Zentren konnten außerdem in Deutschland die Arbeitspraxis deutscher Kollegen studieren. Erkenntnisse und Erfahrungen fassten Experten und Praktiker in einem Handbuch zusammen, das zum Standardnachschlagewerk für jene in der Ukraine wurde, die sich für den Aufbau eines solchen Amtes interessieren (im Internet öffentlich zugänglich unter [http://www.pravo.org.ua/images/documents/CfAS\\_2ed.pdf](http://www.pravo.org.ua/images/documents/CfAS_2ed.pdf)). Die positiven Erfahrungen in den Pilotstädten und deren Popularisierung haben zur Eröffnung von Zentren in weiteren Städten geführt, z. B. in Luhansk, Chmelnyzki und Terschkassy.

## **Gesetz »Über Verwaltungsdienstleistungen« seit 1.1.2013 in Kraft**

Der Trend scheint es »von unten« auf die Ebene der nationalen Politik geschafft zu haben. 2012 erarbeiteten ukrainische Experten das Gesetz »Über Verwaltungsdienstleistungen«, das seit dem 1. Januar 2013 in Kraft ist. Die ZPRR-Experten des genannten Pilotprojekts lud man zur Arbeitsgruppe des Justizministeriums und in den Parlamentsausschuss für die Vorbereitung des Gesetzentwurfs ein, so dass wesentliche Erfahrungen der Pilotstädte in das Gesetz eingeflossen sind. Es sieht nun die Schaffung von so bezeichneten »Zentren für die Erbringung von Verwaltungsdienstleistungen« (ukr. Akronym: ZNAP) auf der Ebene aller Kreise und Städte mit Gebietsrang (vergleichbar etwa den deutschen kreisfreien Städten) vor.

Typische »Dienste«, die einer Stadt mit Gebietsrang gegenwärtig obliegen und die sie an ein ZNAP transferieren kann, sind die Registrierung von Einzelunternehmern oder juristischen Personen sowie Familien und Kinder betreffende soziale Verwaltungsdienstleistungen und Wohnungsangelegenheiten, z. B. die Zuteilung einer Sozialwohnung. Meldebestätigungen gehören nach wie vor in die Kompetenz regionaler Exekutivbehörden der Fachministerien der nationalen staatlichen Verwaltung, Ausweis- und Pass- sowie Aufenthaltsangelegenheiten unterstehen dem Innenministerium. Das neue Gesetz ermöglicht aber grundsätzlich, die Ausgabe von Ausweisen, Reisepässen und Führerscheinen oder die Wohnsitzanmeldung in die Kompetenz von ZNAPs zu überführen. Voraussetzung dafür ist, dass das Ministerkabinett einen entsprechenden Erlass verabschiedet. In der Hauptstadt Kiew und wenigen anderen Städten gibt es immerhin entsprechende Pilotmaßnahmen. Sollte es zu einem so grundsätzlichen Transfer häufig nachgefragter Verwaltungsdienstleistungen tatsächlich kommen, würden ZNAPs zu einer echten Anlaufstelle für Bürger.

## **Erfolge und Herausforderungen bei der Einrichtung und Umsetzung von ZNAPs**

Nach offiziellen Angaben gibt es in der Ukraine mittlerweile über 100 ZNAPs. Die Experten des ZPRR gehen jedoch von lediglich zehn bis zwölf vollwertigen Zentren aus. Der Teufel steckt wie immer im Detail, genauer: in der Implementierung. Die Herausforderung ist, die qualitative Umsetzung des Gesetzes »Über Verwaltungsdienstleistungen« zu gewährleisten – und zu verhindern, dass durch das Anbringen eines ZNAP-Schildes ein Bürgerzentrum nur imitiert wird.

Eine unmittelbare Bedrohung für die Reformfolge sind neue Zentralisierungstendenzen, die sich konkret auf einzelne Verwaltungsdienstleistungen richten. Während z. B. Bürgerämter in Deutschland inzwischen

selbstverständlich ein möglichst weites Aufgabenspektrum haben – Ausweise ausgeben, Wohngeld oder Renten bewilligen, Anwohnerparkausweise oder Sperrmüllkarten ausstellen – werden in der Ukraine wesentliche Verwaltungsdienstleistungen per Gesetz wieder an die Exekutivbehörden der nationalen staatlichen Verwaltung zurück übertragen.

Der Status quo ist komplex. Zahlreiche Gesetze schreiben die Zuständigkeit für jede Verwaltungsdienstleistung entweder einer staatlichen Verwaltung oder einer lokalen Selbstverwaltungsstruktur zu; Ausführungsbestimmungen verfasst das Ministerkabinett. Das neue Gesetz »Über Verwaltungsdienstleistungen« gibt nur dem Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel eine direkte Zuständigkeit, z. B. für das neue Register über Verwaltungsdienstleistungen, von dem man sich zunächst eine Übersicht erhofft, welche Verwaltungsdienstleistungen es gibt, wer zuständig ist und wie viel sie den Bürger kosten. Dies böte zumindest die Basis für eine Analyse und dann Systematisierung von, nach Schätzung des Ministeriums, gegenwärtig 1.500 Verwaltungsdienstleistungen. Der dem Justizministerium untergeordnete Staatliche Registrierungsservice der Ukraine ist z. B. für die Registrierung von Ehen, Immobilien und, ab Juli 2013, auch wieder für die Anmeldung von Einzelunternehmern und juristischen Personen zuständig, die gegenwärtig bei lokalen Selbstverwaltungsstrukturen liegt. Unter der Ägide des Innenministeriums arbeiten das Staatliche Automobilinspektorat und der Staatliche Migrationsdienst. Letzterer bekam erst kürzlich die Kompetenz für die Ausstellung von Ausweisen und Reisepässen sowie zur Wohnsitzanmeldung zugeteilt.

Vonnöten wäre eine umfassende Einigung über Art und Umfang der an ZNAPs zu übertragenden Aufgaben. Aber einzelne Behörden ringen offenbar mehr um ihre Kompetenzen, als dass sie zusammenarbeiten – und einige der genannten Strukturen dürften ihre eigenen gewinn- und einflussorientierten Interessen haben. Experten trauen dem Koordinierungszentrum für Wirtschaftsreformen in der Präsidialverwaltung die fortschrittlichsten Ideen zu, räumen aber ein, diese Struktur habe keine Verantwortung für deren Umsetzung.

Die Einrichtung eines ZNAP müssen Gemeinden selbst bezahlen, und oft fehlt ihnen Geld. Wenn sie keine Transferleistungen vom Zentralstaat erhalten, dienen vor allem Land- oder Immobilienverkauf als Einnahmequelle. Das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel gibt an, nun 50 Millionen Hrywnja (5 Millionen Euro) für die Einrichtung von ZNAPs vorgesehen zu haben. Näheres über den Verteilungsmechanismus ist aber nicht bekannt, so dass Experten Korruption befürchten.

Bei ernsthafter und nicht nur imitierter Umsetzung des neuen Gesetzes »Über Verwaltungsdienstleistungen« müsste die künftige Anzahl von ZNAPs in der Ukraine nach Einschätzung des ZPRR etwa 700 betragen (ohne Zweit- oder Drittbüros, die zusätzlich in größeren Städten geschaffen werden müssten). Da Reformen in der Ukraine aktuell eher zurück- als voranschreiten und sich vielerorts Reformmüdigkeit breit macht, ist bedenkenwert, dass die Einrichtung von ZNAPs und die verbesserte Zugänglichkeit zu Verwaltungsdienstleistungen Reformen sind, die klar von der Bevölkerung unterstützt werden, weil die Einwohner der Städte, in denen ZNAPs geschaffen worden sind, sie schätzen gelernt haben. Bürger fühlen sich besser in transparenten Großraumbüros, die die Tradition sowjetischer Einzelbüros brechen, in denen man sich dem dort herrschenden Bürokraten ausgeliefert fühlt. Der Spielraum für Korruption ist geringer geworden, man spart Geld und Zeit.

### **Zeitreise zu neuen Verwaltungsstrukturen**

Ob es in der Ukraine tatsächlich gelingt, z. B. die Beantragung des Ausweises, die Anmeldung des Wohnsitzes, die Ausstellung des Führerscheins und die Registrierung des Fahrzeugs in der Lokalbehörde einer Gemeinde zu erledigen, hängt vom Zentralstaat und den Fachministerien ab. Nicht nur das für viele Verwaltungsdienste zuständige Innenministerium ist sowjetisch geprägt.

Natürlich hat Deutschland eine ganz andere Tradition. So geht die Berücksichtigung kommunaler Bezirke bzw. von Gebietskörperschaften wie Landkrei-

sen für gemeindliche Selbstverwaltung auf Ideen des preußischen Staatsmanns Freiherr vom Stein zurück. Schon nach dem Modell der Städteordnung von 1808 sollte auch im ländlichen Raum Selbstverwaltung eingeführt werden. Und dennoch gilt auch in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts, dass bei Entscheidungen über an Bürgerämter zu verlagernde Aufgaben noch Fachamtsegoismen überwunden werden müssen. 22 Jahre Unabhängigkeit seit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums mit seinem zentralistischen Erbe sind ein sehr kurzer Zeitraum für tief greifende Verwaltungsreformen.

Deshalb ist es viel versprechend, dass es *Best-Practice*-Beispiele aus dynamischen ukrainischen Städten gibt. Diese Erfahrungen sollten ausgebaut werden. Das ZPRR z. B. führt mit Unterstützung der Friedrich-Naumann-Stiftung Kiew Mitarbeiter anderer reformbereiter Städte an das Konzept »Verwaltungsdienste aus einer Hand« heran und zieht dabei Fachkräfte der lokalen Selbstverwaltungsstrukturen aus Iwano-Frankiwsk und Winniztsia hinzu. Informations- und Bildungsmaßnahmen helfen, die Qualität von Verwaltungsdienstleistungen auf lokaler Ebene zu verbessern.

Die Pilotstädte sind ein wichtiger Motor. Auch wenn sie weder das komplexe Problem der notwendigen administrativ-territorialen Reform lösen, noch die grundsätzliche Gewährleistung von Selbstverwaltung mit klar abgegrenzten Kompetenzen und einer eigenen wirtschaftsbezogenen Steuerquelle für lokale Selbstverwaltungsstrukturen bieten können.

### *Über die Autoren:*

Wiktor Tymoschtschuk ist Jurist und Verwaltungsfachmann. Er ist Erster Stellvertreter des Vorstandes des ZPRR. Er konzipiert und leitet Fortbildungsmaßnahmen zur Einrichtung von ZNAPs.

Die Juristin Miriam Kosmehl leitet das Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Kiew.

### *Lesetipp:*

Tadeusz Iwanski und Piotr Zochowski, Under the veneer of decentralisation. Ukraine's modernisation efforts stall due to lack of local government reform, <http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2013-02-13/under-veneer-decentralisation-ukraine-s-modernisation-efforts-s>.

## Vom 24. April bis zum 14. Mai 2013

24.04.2013	Die beiden Parteien »Volksbewegung der Ukraine« und »Ukrainische Volkspartei« erklären ihre Wiedervereinigung. Im Jahr 1999 hatte sich die Partei »Ukrainische Volkspartei« abgespalten.
26.04.2013	Unter der Führung der rechten Partei Freiheit (41 von 116 Sitzen) beschließt der Stadtrat von Lwiw ein Verbot von nationalsozialistischer, kommunistischer und sowjetischer Symbolik zum 8. bzw. 9. Mai, an dem traditionell der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland gefeiert wird. Beide Tage werden zu offiziellen Trauertagen deklariert, an denen der Opfer der »totalitären Diktaturen« gedacht werden solle. Die Stadtparlamente von Iwano-Frankiwsk und Ternopil beschließen ähnliche Verbote und erklären den 9. Mai zum Tag der Trauer. Premierminister Mykola Asarow von der regierenden Partei der Regionen nennt die Aktionen ungesetzlich und amoralisch.
26.04.2013	Auf einem Treffen mit Präsident Janukowytsch in Kiew erklären die drei Außenminister der EU-Staaten Litauen, Polen und der Niederlande sowie der Minister für Europäische Angelegenheiten Dänemarks, dass die Ukraine drei weitere Monate Zeit habe, um die zur Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit der EU eingeforderten Reformen umzusetzen. Zuvor war bekannt geworden, dass eine Freilassung der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko nicht mehr als Bedingung für das Abkommen gilt.
27.04.2013	Der Fraktionsführer der Partei Vaterland Arsenij Jazenjuk kritisiert einen Gesetzentwurf des Kabinetts, nach welchem die Privatisierung des staatlichen Gaskonzerns Naftohaz und seiner Tochterunternehmen sowie der unterirdischen Gasspeicher legalisiert werden soll. Jazenjuk erklärt, das Gesetz stehe im Konflikt zur europäischen Praxis, da es keine offenen Ausschreibungen vorsehe, sondern die Übernahme des Konzerns durch direkt beteiligte Politiker oder russische Investoren begünstige.
29.04.2013	In einer Umfrage des Rasumkow-Zentrums aus Kiew geben 32 % der Befragten an, dass sie die inhaftierte ehemalige Regierungschefin Julija Tymoschenko nach wie vor für die Anführerin der Opposition halten. Ihr Parteifreund Arsenij Jazenjuk erhält 23 % der Stimmen, UDAR-Chef Witalij Klitschko – 8 %.
30.04.2013	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte gibt der Klage der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko teilweise statt und erklärt, ihre Inhaftierung verletze Artikel 5 der Europäischen Menschenrechtskonvention (das Recht auf Freiheit und Sicherheit). Den Vorwurf der Folter sieht das Gericht nicht bestätigt. Die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine hingegen erklärt, das Urteil sei rechens. Der EU-Kommissar für Erweiterungsfragen, Stefan Füle, ruft unterdessen die Ukraine auf, den Fall Tymoschenko möglichst bald abzuschließen und alle vom Gericht genannten Fakten zu berücksichtigen.
03.05.2013	Premierminister Mykola Asarow erklärt, die Ukraine habe durch die Gaslieferungsverträge, die die ehemalige Premierministerin Julija Tymoschenko mit Russland abgeschlossen hatte, 15 Milliarden Euro verloren. Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gegen die Ukraine hatten verschiedene Stimmen aus dem In- und Ausland die Begnadigung Julija Tymoschenkos gefordert.
05.05.2013	Ostersonntag für etwa 34 Millionen Orthodoxe und 5,5 Millionen Anhänger der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche, die dem orthodoxen Ritus folgt.
06.05.2013	Vertreter der russischen Schwarzmeerflotte geben bekannt, am 12. Mai zum Gedenken des 230-jährigen Bestehens eine Parade in Sewastopol abhalten zu wollen. Die rechte Partei Freiheit fordert von Ministerpräsident Mykola Asarow, die Gesetzeslage in Bezug auf die Präsenz ausländischer Soldaten auf dem Staatsgebiet der Ukraine zu prüfen.
07.05.2013	Regionale Gerichte erklären in allen drei Fällen (Lwiw, Iwano-Frankiwsk und Ternopil) Erlasse der Stadtparlamente für ungültig, nach denen am 8. bzw. 9. Mai sowjetische und nationalsozialistische Symbolik verboten worden und die Tage zu Trauerfeiertagen erklärt worden waren (s. o.).

09.05.2013	In diversen Städten werden Festlichkeiten zum Tag des Sieges der Sowjetunion und der Alliierten über Hitlerdeutschland abgehalten. An vielen Orten werden die Paraden und Märsche durch Protestierende, insbesondere Anhänger der rechten Partei Freiheit gestört. In Ternopil werden nationalistische Protestierende nach einem Zusammenstoß mit der Polizei verhaftet, in Borispil bei Kiew wird dem örtlichen Lenindenkmal die Nase abgeschlagen. In einer Umfrage geben 82 % der Befragten unterdessen an, dass für sie der 9. Mai nach wie vor ein hoher Feiertag sei.
11.05.2013	Laut Einschätzungen ukrainischer Menschenrechtler – u. a. von der Helsinki-Gruppe der Ukraine – ist die Rechtsprechung in der Ukraine nach wie vor von Repression geprägt. Lediglich 0,2 % der Verfahren enden mit einem Freispruch. Gründe dafür seien in der Korruption der Justiz und im Quotensystem zu suchen, nach dem in Staatsanwaltschaft und Polizei nach dem Anteil aufgeklärter Fälle bezahlt und befördert wird.
13.05.2013	Vaterland, die größte Oppositionspartei, spricht eine Ausschlusswarnung gegen Fraktionsmitglieder aus, die sich bei einem gescheiterten Misstrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten Mykola Asarow enthalten hatten.
14.05.2013	Das Parlament beschließt ein Antikorruptionsgesetz, wonach die Untergrenze zur Deklarationspflicht von Beamtengehältern von 150.000 Hrywnja auf 80.000 Hrywnja (ca. 8.000 €) herabgesetzt wird. Außerdem wird mit dem Gesetz der Kreis der höheren Beamten erweitert, die unter das Deklarationsgesetz fallen.

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Jan Matti Dollbaum

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de](mailto:publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

## Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### **Belarus-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Caucasus Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

### **Polen-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

### **Russland-Analysen**

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Russian Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

### **Ukraine-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Zentralasien-Analysen**

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

---

### **Bibliographische Dienste**

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)